

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 21 0654

Inhalt

Ludwig Stiegler MdB
zum Beitrag der CSU
an Wohnungsnot und
Wucherpreisen: Mitver-
antwortung für die
Mieter-Ausbeutung.

Seite 1

Joachim Poß MdB zu
den im Entwurf des Ei-
nigungsvertrags ent-
haltenen steuerlichen
Regelungen: Steuerli-
che Nachteile für west-
deutsche Unternehmer
in Ostdeutschland.

Seite 2

Dokumentation:
Gegen den Einsatz
deutscher Truppen
außerhalb der vom
Grundgesetz gezo-
gen Grenzen hat sich
am Donnerstagabend
der Unterbezirksaus-
schuß der SPD Kassel-
Stadt gewandt. Die Er-
klärung im Wortlaut

Seite 3

45. Jahrgang / 162

24. August 1990

Mitverantwortung für die Mieter-Ausbeutung

Zum Beitrag der CSU an Wohnungsnot und Wucherpreisen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag
Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschuß des Deutschen
Bundestag

Seit der Wende 1982 sind die Mieten doppelt so stark gestiegen wie die Lebenshaltungskosten. Die in sozialliberaler Zeit überwunden geglaubte Wohnungsnot ist heimgekehrt und zum Dauerthema geworden.

Die Sorge um bezahlbare Wohnungen ist nicht nur in den Ballungsräumen daheim; sie hat inzwischen auch die ländlichen Regionen ergriffen.

Die Lage ist nicht als Strafgericht Gottes über die Menschen gekommen. Sie ist Ergebnis der mieterfeindlichen und ausbeuterischen Wohnungsbau- und Mieterspolitik der CSU seit der Wende am 1. Oktober 1982.

Der Fluch dieser bösen Tat holt die CSU heute ein.

Als Einstands-"Geschenk" an die Wohnungsmieter haben CSU und FDP schon am 10. Dezember 1982 das "Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen" verabschiedet, das am 1. Januar 1983 in Kraft trat und das wir von Anfang an als das bezeichnet haben, was es ist: ein Mieterhöhungs- und Mieterausbeutungsgesetz!

Zur Begründung wurde angegeben, das Gesetz wolle die Wohnsituation dadurch verbessern, daß sowohl Anreize für Investitionen im Wohnungsbau als auch - durch die Neuregelung des Zeitmietvertrages - für die Vermietung bisher leerstehenden Wohnraums gegeben werden.

Eine Begründung, wie es in Orwells 1984 nur das Wahrheitsministerium hätte erfinden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtet Umweltschutz
mit recyceltem Rohmaterial
Kreuzlin-Perfor



Gegen erbitterten Widerstand der SPD im Rechtsausschuß, im Bundestag und im Bundesrat wurde die Vergleichsmietenregelung in einen Mietenaufzug umgewandelt. Während die SPD-Regelung früher den Mietanstieg bremste, lockerte die CSU alle Bremsen. Was heute allen Mietern brutal ins Gesicht schlägt, hat die CSU damals als Einstandsgeschenk für Vermieter nach der Wende mit der neuen Mehrheit durchgesetzt: Bei der Vergleichsmiete zählen nur noch die letzten drei Jahre; die preiswerten Mieten aus früheren Baujahren werden ausgeklammert.

Der eigene Bestand konnte als Vergleichsmiete hermanipuliert werden, und die sogenannte Kappungsgrenze von 30 Prozent wurde als Einfadung zum Mietwucher beschlossen.

Den "Erfolg" dieser Politik haben wir vorausgesagt. Die Wohnungssituation ist nicht verbessert, die Lage der Mieter aber dramatisch verschlechtert worden. Die Folgen dieser CSU-Politik müssen heute Millionen büßen.

Die CSU verantwortet die brutale Ausbeutung der Mieter in der jüngsten Sozialgeschichte. Ihr Wohnungsbauminister Schneider hat dazu noch den Wohnungsbau erdrosselt. Und Gerda Hasselfeldt soll jetzt wenigstens trostreiche Worte an die Mieter loslassen, nachdem bei den Kommunalwahlen die CSU erstmals einen politischen Preis für die Ausbeutung der Mieter durch ihre Politik zahlen mußte.

Ändern wird die CSU offensichtlich nichts.

Im Gegenteil: Ich fürchte, über die schalmeienhaften Ankündigungstöne zur angeblichen Absicht, den Mieterschutz wieder zu bessern, soll offensichtlich versucht werden, doppelt im Trüben zu angeln; die FDP sperrt sich und profiliert sich als Patron der Vermieter und die CSU versucht, mit wie immer selbungsvoilem Gerede bei den Mietern Eindruck zu schinden. Deshalb sei vor Falschmünzerei gewarnt.

Solange die CSU nicht zusammen mit der SPD in Bundestag und Bundesrat das soziale Mietrecht der sozialliberalen Koalition wiederherstellt, solange nicht energisch gegen den Mietwucher eingeschritten wird, solange ist jeder Mieter und jede Mieterin gut beraten, der SPD das Mandat dafür im Landtag und im Bundestag zu geben.

Solange wir regiert haben, mußten die Mieter nicht bangen, waren sie geschützt vor Ausbeutung und Angst. Sobald wir wieder die Mehrheit haben, hat der Mietwucher keine Chance mehr. Wer aber wie 1982 CSU und FDP in sozialen Fragen vertraut, hat auf Sand gebaut. Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, bevor CSU und FDP den Griff auf die Konten der Mieter wieder lockern.

Wer die Argumente der Koalition 1982 mit der heutigen Diskussion vergleicht, sieht: sie versuchen immer noch mit den alten Argumenten irrezuführen. Die Mieter aber sind aus Erfahrung klug geworden.

(-/24. August 1990/rs/tr)

Steuerliche Nachteile für westdeutsche Unternehmer in Ostdeutschland Zu den im Entwurf des Einigungsvertrags enthaltenen steuerlichen Regelungen

Von Joachim Poß MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die im Entwurf des Einigungsvertrags enthaltenen steuerlichen Regelungen führen dazu, daß auch nach Herstellung der deutschen Einheit die Aktivitäten von westdeutschen Unternehmern im Gebiet der heutigen DDR steuerlich behindert werden.

- Personen, die von Deutschland (West) nach Deutschland (Ost) umziehen, fallen aus der westdeutschen unbeschränkten Einkommenssteuerpflicht heraus und werden in Deutschland (West) wie Ausländer beschränkt steuerpflichtig. In Deutschland (Ost) werden sie nach den bisherigen DDR-Steuer Gesetzen besteuert. Damit gelten für sie mit dem Umzug die höheren DDR-Steuersätze und die nach westdeutschem Recht zustehenden Steuervergünstigungen fallen weg. Ein Umzug führt damit in vielen Fällen - insbesondere für Familien mit Kindern - zu einer insgesamt höheren Steuerbelastung.
- Für Investitionen in Ostdeutschland sind auch nach Herstellung der deutschen Einheit die ungünstigeren Regelungen des bisherigen DDR-Steuerrichts maßgebend. Insbesondere wird die Anschaffung von

Betriebsgebäuden im Gebiet der bisherigen DDR steuerlich diskriminiert. So werden Gebäude, die bis zum 1. Januar 1991 angeschafft werden, auf Dauer von den günstigeren westdeutschen Abschreibungsregelungen ausgeschlossen.

- Bei der Verlagerung von Betrieben von West- nach Ostdeutschland müssen in Deutschland (West) eine Schlußbilanz erstellt und die angesammelten stillen Reserven besteuert werden. In Deutschland (Ost) muß eine Eröffnungsbilanz nach dem bisherigen DDR-Recht erstellt werden. Dies bedeutet nicht nur einen unnötigen verwaltungsmäßigen Aufwand, sondern kann auch zu einer erheblichen steuerlichen Zusatzbelastung führen.

Diese Bestimmungen im Einigungsvertrag führen dazu, daß westdeutsche Unternehmer steuerlich daran gehindert werden, bereits in diesem Jahr im Gebiet der bisherigen DDR tätig zu werden. Auch die gewünschte Tätigkeit von westdeutschen Fachleuten als Arbeitnehmer in Ostdeutschland wird steuerlich bestraft.

Der Einigungsvertrag erweist sich damit aus steuerlicher Sicht als ein Hindernis für westdeutsches Engagement zum Aufbau der Wirtschaft in der DDR. Für diesen Teil des Einigungsvertrags trägt der Bundesfinanzminister die Verantwortung. Er ist gefordert, für steuerliche Regelungen zu sorgen, durch die der wirtschaftliche Aufbau in der DDR nicht noch weiter gebremst, sondern endlich gefördert wird.

(-/24. August 1990/rs/tr)

DOKUMENTATION

Nicht mit einer militärischen Aktion auf die Bühne der Weltpolitik zurückkehren!

Gegen den Einsatz deutscher Truppen außerhalb der vom Grundgesetz gezogenen Grenzen hat sich am Donnerstagabend der Unterbezirksausschuß der SPD Kassel-Stadt gewandt. Die Erklärung im Wortlaut:

Der Einsatz deutscher Truppen außerhalb der vom Grundgesetz gezogenen rechtlichen und damit auch geographischen Grenzen wird abgelehnt. Deshalb wendet sich die SPD-Kassel-Stadt gegen eine Änderung des Grundgesetzes, gegen eine Ausweitung des NATO-Vertragsgebietes und gegen einen Einsatz deutscher Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes.

Eine Beteiligung deutscher Truppen an multinationalen "Friedenstruppen" unter Kommando der UNO wird nicht befürwortet.

Dies heißt aktuell, daß der Einsatz deutscher Truppen im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit Operationen in der Golf-Region abgelehnt wird. Auch die logistische Unterstützung amerikanischer Operationen im Rahmen des WHNS-Abkommens, da sie einer mittelbaren Unterstützung der amerikanischen Operationen von deutschen Boden aus gleichkommt, wird abgelehnt.

Die SPD Kassel Stadt bekräftigt entsprechende Beschlüsse des Bundesparteitags 1988. SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand werden zur Ablehnung entsprechender Initiativen der Bundesregierung aufgefordert.

"Alle Elemente des neuen europäischen Dilemmas sind in Deutschland konzentriert, dem reichsten und expansionslüsternsten Staat des Alten Kontinents."

Newsweek 20.11.1989

Deutsche Rolle in der Welt

In diesem Jahr entscheidet sich, welche Rolle der unter den europäischen Staaten ökonomisch mächtigste künftig in Europa und in der Welt einnehmen will. Das wiedervereinigte Deutschland wird nach Abschluß der 4+1 (1)-Gespräche über seine vollen Souveränitätsrechte verfügen und frei von jeden Auflagen seitens der Siegermächte sein.

Der wiedergewonnene und wiedervereinigte, in seine vollen Souveränitätsrechte eingesetzte deutsche Nationalstaat sollte nicht mit einer militärischen Polizeiaktion auf die Bühne der Weltpolitik zurückkehren, nachdem dieser Staat vor rund 50 Jahren mit einem und nach einem Weltkrieg von der weltpolitischen Bühne verschwand. Die deutsche Rolle in der Welt, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland denn eine Rolle in der Welt einnehmen soll, sollte auf friedlichem Konfliktmanagement beruhen und nicht eine Form der Kanonenbootpolitik in moderner Fassung annehmen. Das wiedervereinigte Deutschland sollte seine bisherige alternative Haltung, die sich aus der einmaligen Erfahrung zweier Überfälle auf die ganze Welt und der daraus im Grundgesetz gezogenen Lehre ergibt, als prinzipielle Haltung beibehalten und beispielhaft wirken.

Bei der "Öffnung" der Dritten Welt für deutsche Truppen geht es um eine strukturelle Entscheidung deutscher Politik, um eine Langzeit- und Grundsatzentscheidung und nicht um den Einzelfall "Irak". Der erste Einsatz bedeutet den Eintritt der Bundesrepublik in eine "Weltpolizei", die praktisch stets nach Interessenlagen der nördlichen Staaten gegen den Süden handeln wird und muß.

Deutsche Außen- und deutsche Rüstungsexportpolitik

Prinzip der deutschen Außenpolitik sollte weiterhin sein, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgeht, allerdings auch nichts, was man in der Welt dazu braucht.

Deutsche Regierungen haben jahrelang die Aufrüstung des Irak mit deutschen Waffen und brisanter Waffentechnologie zur Herstellung von A- und C-Waffen geduldet. Deshalb brauchen deutsche Waffen nicht mehr in die Region geschafft werden! Jede deutsche Intervention ist pharisäerhaft, wenn deutsche Truppen jetzt die mit deutschen Waffen ausgerüstete irakische Armee zur "Räson" bringen soll.

Irak als Schutzschild des Westens gegen Iran

Der Golfkonflikt ist in seiner jetzigen Form und seiner jetzigen Intensität Ergebnis einer Politik des Westens, die den Irak als vermeintliches Schutzschild gegen den Iran nutzen wollte. Der Westen und seine arabischen Verbündeten haben dem Irak finanziell und materiell die Kriegsführung gegen Iran ermöglicht. Die Verschuldungskrise des Irak ist Ergebnis des Krieges. Irak versuchte mit einer Ölpreiserhöhung auf 25 Dollar beziehungsweise Schuldenerlaß von Seiten der arabischen Staaten die Schuldenkrise zu lösen. Beides wurde von dieser Seite verweigert. Die Folge war die Besetzung der "Schatzkammer" Kuwait, um dessen materielle Ressourcen zu bekommen und die arabischen Golfanrainer gefügig zu machen.

Die Rolle des Ölpreises

Die US-Intervention sollte auch vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung der USA gesehen werden. Die ökonomische Schallgrenze liegt bei einem Ölpreis von 25 Dollar. Darüber beginnt die rasante Fahrt in die Rezession. Die amerikanische Abhängigkeit vom Öl ist Ergebnis der gescheiterten amerikanischen Energiepolitik: die USA stellen zwei Prozent der Weltbevölkerung, verfügen über vier Prozent der Weltölvorräte und verbrauchen 25 Prozent der jährlichen Ölförderung.

Feindbildrevision und "Friedensdividende"

Nach Ende des Ost-West-Systemkonfliktes wird mit einem massiven Abrüstungsprozeß und der Ausschüttung einer entsprechenden "Friedensdividende" gerechnet. Von Seiten der militärischen Planer wird offensichtlich eine andere Politik verfolgt. Die von den Militärs für nötig gehaltene höhere Mobilität und Feuerkraft der verbleibenden Resttruppen wird einerseits Abrüstungsmaßnahmen bei Waffen- und Truppenstärke mehr als ausgleichen, andererseits neue Investitionen erfordern. Schon im Frühjahr konnte eine Feindbildrevision in Presse und bei der "Truppe" beobachtet werden.

"Ein junger Offizier meinte im Gespräch: "Unser künftiger Gegner wird wohl weiter im Osten stehen, Asiaten und Araber." (FR 30.5.90). Auch die Vorstellung des neuen Luftlandpanzers Wiesel weist in diese Richtung!

Dem entspricht, daß die Ausgaben für militärische Forschung in der Bundesrepublik die Rekordsumme von 4,1 Milliarden DM erreicht haben.

(-/24. August 1990/rs/fr)
